



---

## **Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung: Neue Finanzhilfen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit**

Vernehmlassung vom 18. September 2015 bis zum 22. Januar 2016

### **Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung**

**29. Juni 2016**

---

#### **1. Ausgangslage**

Am 20. Mai 2015 hat der Bundesrat den Bericht „Familienpolitik. Auslegeordnung und Handlungsoptionen des Bundes“ in Erfüllung des Postulats 13.3135 Tornare<sup>1</sup> sowie zwei weitere Berichte des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) zur steuerlichen Entlastung von Familien verabschiedet.<sup>2</sup> Er hat in seiner Diskussion über die drei familienpolitischen Berichte und die künftige Familienpolitik des Bundes den Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung gerichtet. Gestützt darauf hat er das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) beauftragt, ihm bis September 2015 Antrag auf Verabschiedung einer Vernehmlassungsvorlage zur Schaffung einer befristeten gesetzlichen Grundlage für eine zusätzliche Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung zu stellen.

Der Bundesrat hat den entsprechenden Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 2002 über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung<sup>3</sup> sowie den Erläuternden Bericht am 18. September 2015 verabschiedet und das EDI beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 22. Januar 2016. Die Liste aller Vernehmlassungsteilnehmenden mit den nachfolgend verwendeten Abkürzungen findet sich im Anhang. Die 103 Stellungnahmen sind auf der Internetseite des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) aufgeschaltet<sup>4</sup>.

Von den 62 Adressaten der Vernehmlassung<sup>5</sup> haben 53 teilgenommen:

- 26 Kantonsregierungen;
- 7 Parteien;
- 3 Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete;
- 7 gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft; und
- 10 weitere Organisationen.

Zudem haben 50 nicht offiziell angeschriebene Teilnehmende eine Stellungnahme eingereicht.

---

<sup>1</sup> [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) > Ratsbetrieb > Curia Vista > Suche > Geschäftsnummer 13.3135

<sup>2</sup> [www.estv.admin.ch](http://www.estv.admin.ch) > Allgemein > Dokumentation > Zahlen und Fakten > Berichte > 2015

<sup>3</sup> SR 861

<sup>4</sup> [www.bsv.admin.ch](http://www.bsv.admin.ch) > Aktuell > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

<sup>5</sup> Die Liste der Adressaten findet sich im Internet unter folgender Adresse : <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2015.html> ([www.admin.ch](http://www.admin.ch) > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > EDI)

## 2. Gegenstand des Vernehmlassungsentwurfs

Der Bundesrat schlägt vor, im bestehenden Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung eine zusätzliche Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung aufzunehmen. Insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel will er einen Beitrag dazu leisten, dass die negativen Erwerbsanreize reduziert werden und sich vor allem die Mütter vermehrt am Arbeitsmarkt beteiligen. Die zusätzliche Förderung soll auf fünf Jahre befristet und mit einem neuen Finanzrahmen von insgesamt 100 Millionen Franken ausgestattet werden.

Die Förderung soll über zwei neue Arten von Finanzhilfen erfolgen:

- Förderung des finanziellen Engagements von Kantonen und Gemeinden für die familienergänzende Kinderbetreuung: Der Bund soll Finanzhilfen an die Kantone ausrichten, welche ihre Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung erhöhen, um die Drittbetreuungskosten der Eltern zu reduzieren. Die Bundesbeteiligung erfolgt während dreier Jahre und ist über die Zeit stark degressiv ausgestaltet.
- Förderung von Projekten zur besseren Abstimmung des Betreuungsangebots im Vorschul- und schulergänzenden Bereich auf die Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern.

## 3. Ergebnisse der Vernehmlassung

### 3.1 Gesamtbeurteilung und Zusammenfassung der hauptsächlichen Kritikpunkte

Der Grundsatz, mittels einer befristeten Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung die familienergänzende Kinderbetreuung mit zwei neuen auf fünf Jahre befristete Arten von Finanzhilfen zusätzlich zu fördern, wird von der grossen Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst. Zahlreiche Teilnehmende beantragten konkrete Änderungen der vorgeschlagenen Bestimmungen.

Die Resultate der Vernehmlassung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

#### 3.1.1 Grundsatz

**83 Vernehmlassungsteilnehmende und damit mehr als drei Viertel begrüssen die Vorlage:**

Total (von insgesamt 103 eingegangenen Stellungnahmen)	83
Kantone: BE, LU, UR, SZ, OW, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, SG, AG, TI, VS, NE, GE	18
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien: BDP, CVP, glp, die Grünen, SPS	5
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: SAB, Schweiz. Gemeindeverband, SSV	3
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft: SBV, SGB, KFMV Schweiz, Travail.Suisse	4
Weitere Organisationen: SODK, EDK, Pro Familia, PRo Enfance, Bildung+Betreuung, kibesuisse, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, S&E, alliance F, männer.ch	10
Weitere Vernehmlassungsteilnehmende: Angestellte Schweiz*, BPW, Caritas, CROP, EKFF, Evangelischer Frauenbund Zürich, FDP Frauen, frauenrechte beider basel, Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, insieme, Juristinnen Schweiz, mws, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Savoirsocial, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, SKG, SKF, SKOS, SRK, SSLV sowie 15 FKS Spielgruppenleiter/innen und Spielgruppenverbände, Stadt Zürich, SVAMV, SVIN, Schweizerische UNESCO-Kommission, VPOD, Wirtschaftsfrauen Schweiz	43

**7 Vernehmlassungsteilnehmende befürworten die neuen Finanzhilfen für Projekte zur besseren Abstimmung der Betreuungsangebote auf die Bedürfnisse der Eltern nach Artikel 3b des Vorentwurfs, lehnen jedoch die Finanzhilfen für kantonale und kommunale Subventionserhöhungen nach Artikel 3a ab:**

Total (von insgesamt 103 eingegangenen Stellungnahmen)	7
Kantone: ZH, GL, TG, VD, JU	5
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien:	0
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete:	0
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft: SAV	1
Weitere Organisationen:	0
Weitere Vernehmlassungsteilnehmende: Centre Patronal	1

**13 Vernehmlassungsteilnehmende haben sich gegen die Vorlage ausgesprochen:**

Total (von insgesamt 103 eingegangenen Stellungnahmen)	13
Kantone: NW, AI, GR	3
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien: FDP, SVP	2
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete:	0
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft: economiesuisse, sgV	2
Weitere Organisationen:	0
Weitere Vernehmlassungsteilnehmende: hotelleriesuisse, SBLV, Stiftung Zukunft CH, up!Schweiz, VFG, ZHK	6

### 3.1.2 Artikel 1 Zweck und Massnahmen

56 und damit rund die Hälfte aller Vernehmlassungsteilnehmenden, davon 17 Kantone, heissen Artikel 1 in der vorgeschlagenen Formulierung gut. 34 Teilnehmende, davon 6 Kantone, stimmen teilweise zu. Die einen lehnen die Finanzhilfen für Subventionserhöhungen nach Artikel 3a und damit implizit auch Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b ab und die anderen beantragen eine Erweiterung der Zweckbestimmung (v.a. ausdrücklicher Einbezug der Tagesfamilien, Berücksichtigung des Kindeswohls, der Betreuungsqualität und der besonderen Bedürfnisse der ländlichen Gebiete sowie grundsätzliche Erweiterung des Zwecks über die Förderung Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit hinaus). Abgelehnt wird Artikel 1 von den 13 Teilnehmenden, davon 3 Kantonen, welche die Vorlage als Ganzes ablehnen.

### 3.1.3 Artikel 3a Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung

54 und damit rund die Hälfte aller Vernehmlassungsteilnehmenden, davon 3 Kantone, begrüßen die Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung in der vorgeschlagenen Form. 29 Teilnehmende, davon 15 Kantone, stimmen Artikel 3a teilweise zu und formulieren verschiedene Änderungsanträge und Anregungen. Sie verlangen insbesondere, dass Gesuche um Finanzhilfen auch von einzelnen Gemeinden und nicht nur von Kantonen eingereicht werden könnten, dass auf das Erfordernis einer Regelung der Subventionserhöhungen auf Gesetzesstufe verzichtet werde, dass das bisherige und bestehende Engagement der Kantone für die familienergänzende Kinderbetreuung berücksichtigt werde, dass der Einbezug von Arbeitgeberbeiträgen gestrichen werde und dass die Frist für den Finanzierungsnachweis gestrichen bzw. gekürzt werde. 20 Teilnehmende, davon 8 Kantone, lehnen diese Art von Finanzhilfen ab.

### **3.1.4 Artikel 3b Finanzhilfen für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebots auf die Bedürfnisse der Eltern**

51 und damit die Hälfte aller Vernehmlassungsteilnehmenden, davon 18 Kantone, begrüßen die Finanzhilfen zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebots auf die Bedürfnisse der Eltern in der vorgeschlagenen Form. 39 Teilnehmende, davon 5 Kantone, stimmen Artikel 3b teilweise zu und verlangen vor allem, dass die Projekte, die der Bund neu mitfinanzieren will, nicht nur die Bedürfnisse der Eltern, sondern insbesondere auch die Bedürfnisse der Kinder und die Betreuungsqualität berücksichtigen müssen. Abgelehnt wird Artikel 3b von den 13 Teilnehmenden, davon 3 Kantonen, welche die Vorlage als Ganzes ablehnen.

### **3.1.5 Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup> und Absatz 3<sup>ter</sup> Bemessung der Finanzhilfen**

53 und damit die Hälfte aller Vernehmlassungsteilnehmenden, davon 7 Kantone, stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup> zu, der die Bemessung der Finanzhilfen nach Artikel 3a regelt. 30 Teilnehmende, davon 11 Kantone, stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup> teilweise zu und stellen vor allem Anträge betreffend die degressive Ausgestaltung der Finanzhilfen für Subventionserhöhungen. Die Degression solle gestrichen oder zumindest schwächer ausgestaltet werden. 12 dieser Teilnehmenden, davon 3 Kantone, verlangen eine länger als drei Jahre bzw. unbegrenzt dauernde Ausrichtung dieser Finanzhilfen. Die 20 Teilnehmenden, davon 8 Kantone, welche sich gegen die Finanzhilfen nach Artikel 3a aussprechen, lehnen 5 Absatz 3<sup>bis</sup> ebenfalls ab.

86 und damit mehr als drei Viertel aller Vernehmlassungsteilnehmenden, davon 22 Kantone, stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup> zu, welcher sich zur Bemessung der Finanzhilfen nach Artikel 3b äussert. 4 Teilnehmende, davon 1 Kanton, stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup> teilweise zu und verlangen insbesondere eine erweiterte Projektkostenübernahme durch den Bund. Abgelehnt wird Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup> von den 13 Teilnehmenden, davon 3 Kantonen, welche die Vorlage als Ganzes ablehnen.

### **3.1.6 Artikel 6 Absatz 6 Gesuche um Finanzhilfen nach Artikel 3b**

79 und damit drei Viertel aller Vernehmlassungsteilnehmenden, davon 13 Kantone, stimmen Artikel 6 Absatz 6 zu. 9 Kantone und die SODK stimmen Artikel 6 Absatz 6 teilweise zu und stellen den Antrag, zu allen Gesuchen um Projektfinanzhilfen solle ausschliesslich eine Stellungnahme der betroffenen Kantone eingeholt werden müssen. Abgelehnt wird Artikel 6 Absatz 6 von den 13 Teilnehmenden, davon 3 Kantonen, welche die Vorlage als Ganzes ablehnen.

### **3.1.7 Artikel 9**

7 Kantone und die SODK beantragen, die Kantone seien über deren Konferenzen SODK und EDK in die Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen einzubeziehen.

7 Teilnehmende, davon 3 Kantone, verlangen, dass die Ausführungsbestimmungen so formuliert werden, dass der administrative Aufwand möglichst gering gehalten werden könne.

### **3.1.8 Artikel 10 Absatz 6**

9 Vernehmlassungsteilnehmende, davon 2 Kantone, würden eine dauerhafte Ausrichtung der beiden neuen Arten von Finanzhilfen begrüßen. 12 Teilnehmende, davon 3 Kantone, fordern eine längere bzw. dauerhafte Ausrichtung der Finanzhilfen nach Artikel 3a.

### **3.1.9 Kredithöhe**

20 Vernehmlassungsteilnehmende, darunter 3 Kantone, beantragen eine Erhöhung des Kredites von 100 Mio. Franken oder würden eine solche begrüßen. 8 Teilnehmende, davon 2 Kantone, befürworten eine Erhöhung des Kredites in Bezug auf die Projektfinanzhilfen nach Artikel 3b.

Als zu hoch beurteilt wird der Gesamtkredit von 2 Teilnehmenden und 1 Vernehmlassungsteilnehmer erachtet den für die Finanzhilfen nach Artikel 3a vorgesehenen Anteil an den insgesamt vorgesehenen Mitteln als zu hoch.

### 3.1.10 Weitere Anträge

Von 14 Teilnehmenden werden Anpassungen im Bereich der Familienbesteuerung gefordert (Anpassung Fremdbetreuungskostenabzug, zusätzliche Steuerabzüge zur Entlastung der Eltern, Anpassung der zu hohen Grenzsteuersätze für Zweitverdienende).

## 3.2 Anträge und Bemerkungen zum Vorentwurf

### 3.2.1 Vorbemerkung

Es werden im Folgenden die Änderungsvorschläge und Kritikpunkte zu den einzelnen Bestimmungen erwähnt. Ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung wird nur ausnahmsweise aufgeführt. Angeführt werden jeweils lediglich die in einer Stellungnahme vorgebrachten Hauptargumente. Besonders ausführliche Stellungnahmen werden nur insoweit wiedergegeben, als sie konkrete materielle Änderungen fordern. Alle Einzelheiten können den im Internet publizierten Stellungnahmen entnommen werden.<sup>6</sup>

### 3.2.2 Bemerkungen zur Systematik

Zur Gesetzessystematik sind keine Stellungnahmen eingegangen.

### 3.2.3 Anträge und Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

#### Titel

#### **Bundesgesetz über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (KBFHG)**

Zur Abkürzung des Gesetzes KBFHG sind keine Stellungnahmen eingegangen.

#### **Gliederungstitel vor Artikel 1**

#### **1. Abschnitt: Zweck und Massnahmen**

Zum Gliederungstitel vor Artikel 1 sind keine Stellungnahmen eingegangen.

#### **Artikel 1**

- 1 *Mit diesem Gesetz will der Bund erreichen, dass Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung besser miteinander vereinbar sind.*
- 2 *Zu diesem Zweck gewährt der Bund im Rahmen der bewilligten Kredite Finanzhilfen für:*
  - a. *die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder;*
  - b. *die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung, wenn dadurch die Drittbetreuungskosten der Eltern reduziert werden können;*
  - c. *Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern.*

#### – **Zustimmung zu Artikel 1 in der vorgeschlagenen Formulierung**

**17 Kantone** (BE, LU, UR, SZ, OW, FR, SO, BS, BL, SH, AR, SG, AG, TI, VS, NE, GE), **BDP, CVP, glp, die Grünen, SPS, Schweiz. Gemeindeverband, SSV, SAB, SBV, SGB, KFMV Schweiz, EDK, SODK, Pro Familia, Bildung+Betreuung, kibesuisse, S&E, alliance F** sowie **Angestellte Schweiz, BPW, Caritas, Evangelischer Frauenbund Zürich, FDP Frauen, frauenrechte beider basel, Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, mws, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Savoirsocial, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, SKG, SKF, SKOS, SRK, Stadt Zürich, SVAMV, SVIN, VPOD,**

<sup>6</sup> [www.bsv.admin.ch](http://www.bsv.admin.ch) > Aktuell > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

**Wirtschaftsfrauen Schweiz** stimmen Artikel 1 in der vorgeschlagenen Formulierung zu und unterstützen im Grundsatz die Ausführungen im Erläuternden Bericht.

Sie erachten die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung und damit die weitere bedarfs- und bedürfnisgerechte Anpassung des familienergänzenden Betreuungsangebotes als zentrales und aktuelles familienpolitisches Anliegen. Deshalb begrüßen sie das vorgeschlagene zusätzliche finanzielle Engagement des Bundes über 100 Mio. Franken, mit der Zielsetzung, die Drittbetreuungskosten der Eltern zu reduzieren und das familienergänzende Betreuungsangebot besser auf die Bedürfnisse der Eltern abzustimmen. Dadurch könne eine erhöhte Erwerbsbeteiligung vor allem der Mütter erreicht werden, welche der Gleichstellung von Frau und Mann diene und mit Blick auf die Umsetzung von Artikel 121a BV nötig sei, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Zudem könnten dadurch die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund gefördert, mehr Erwerbseinkünfte und damit höhere Sozialabgaben und Steuereinnahmen generiert sowie Sozialhilfekosten gespart werden. Damit werde auch ein Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet. Einige befürwortende Vernehmlassungsteilnehmende begrüßen ausdrücklich den Fokus der Weiterentwicklung und bedürfnisgerechteren Ausgestaltung der schulergänzenden Betreuung. Schliesslich stünden die neuen Finanzhilfen im Einklang mit diversen internationalen Verpflichtungen der Schweiz wie z.B. das UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes und das Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau.

– **Teilweise Zustimmung zu Artikel 1 in der vorgeschlagenen Formulierung**

**6 Kantone (ZH, GL, ZG, TG, VD, JU), SAV, Travail.Suisse, PRo Enfance, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, männer.ch, Centre Patronal, CROP, EKFF, insieme, Juristinnen Schweiz, SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände, Schweizerische UNESCO-Kommission** stimmen Artikel 1 nur teilweise zu und beantragen die nachfolgend dargestellten Änderungen.

– **Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 1 Absatz 1**

Für **Travail.Suisse** braucht es eine Ausweitung auf die Vereinbarkeit von Familie und Weiterbildung. **PRo Enfance** beantragt eine Ergänzung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung immer unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder zu fördern sei. **männer.ch** fordert mit Blick auf die Angleichung der Angebote in städtischen und ländlichen Regionen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung mit den Finanzhilfen schweizweit gefördert wird.

**insieme** beantragt, die Ziele des Gesetzes seien um den Inklusionsauftrag zu ergänzen, mit dem ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen gewährleistet werden soll.

**SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände** verlangen, dass der Fokus der Gesetzesänderung nicht einseitig nur auf die Vereinbarkeit gelegt werde, sondern andere familienergänzende Betreuungsangebote wie Spielgruppen einzuschliessen oder mindestens nicht explizit auszuschliessen seien.

– **Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 1 Absatz 2**

**ZG** verlangt eine Ergänzung, dass auch für die Verbesserung der Koordination oder der Qualität der Betreuung in Tagesfamilien Finanzhilfen ausgerichtet werden sollen.

**SAV** beantragt ausdrücklich die Streichung von Buchstabe b, da er sich grundsätzlich gegen die neuen Finanzhilfen für Subventionserhöhungen (Art. 3a) stellt. Da sich auch **ZH, GL, TG, VD, JU** und **Centre Patronal** gegen die neuen Finanzhilfen für Subventionserhöhungen (Art. 3a) aussprechen, befürworten sie damit auch eine Streichung von Buchstabe b ausdrücklich oder implizit.

**männer.ch** beantragt einen neuen Buchstaben d, wonach Finanzhilfen auch für Projekte zur Förderung der Geschlechter nach Art. 8 Abs. 3 BV, d.h. auch für die Förderung der Betreuungsarbeit der Väter gewährt werden könnten.

**CROP** verlangt, dass Buchstabe c dahingehend ergänzt wird, dass das familienergänzende Betreuungsangebot nicht nur auf die Bedürfnisse der Eltern, sondern auch auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmt werden müsse. **EKFF** beantragt, die Achtung des Kindeswohls in Buchstabe c einzufügen. **hotelleriesuisse** wünscht für den Fall, dass an der Vorlage festgehalten wird, dass in

Buchstabe c ausdrücklich die Bedürfnisse von Eltern mit atypischen Arbeitszeiten aufgenommen werden. **Juristinnen Schweiz** beantragen eine Ergänzung, dass Projekte bevorzugt werden, welche auf die besonderen Verhältnisse in ländlichen Gebieten eingehen. **Schweizerische UNESCO-Kommission** stellt ebenfalls Antrag auf einen neuen Buchstaben d, damit Projekte unterstützt werden, die eine hohe Qualität des familienergänzenden Betreuungsangebotes sicherstellen und die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen.

– **Ablehnung von Artikel 1**

**3 Kantone (NW, AI, GR), FDP, SVP, economiesuisse, sgV, hotelleriesuisse, SBLV, Stiftung Zukunft CH, up!Schweiz, VFG, ZHK** stellen sich vollumfänglich gegen den Vorentwurf und lehnen entsprechend auch Artikel 1 als Ganzes ab.

**NW, AI, FDP, SVP, sgV, up!Schweiz, Stiftung Zukunft CH, ZHK** bringen hauptsächlich vor, der Bund solle sich im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung, der in der ausschliesslichen Zuständigkeit der Kantone und Gemeinden liege, nicht weiter engagieren. **NW, AI, SVP, sgV, up!Schweiz, Stiftung Zukunft CH** weisen darauf hin, dass diese Haltung vom Souverän mit der Ablehnung des Familienartikels am 3. März 2013 bestätigt worden sei. Mit den neuen Finanzhilfen würden den Kantonen indirekt neue Ausgaben auferlegt. Zudem würden die momentanen Finanzhaushaltslagen des Bundes und der Kantone keine zusätzlichen Ausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung erlauben. Die **FDP** bezeichnet die Vorlage als inakzeptablen bürokratischen Exzess. Die **SVP** sieht in der Vorlage gar einen Verstoss gegen die Bundesverfassung und das Subsidiaritätsprinzip und sieht Folgekosten für Bund, Kantone und Gemeinden in Milliardenhöhe. Zudem würde die traditionelle Familie diskriminiert, zumal das gemäss Vorlage bestehende Bedürfnis angebotsinduziert und politisch hochstilisiert und deshalb grundsätzlich fraglich sei. Des Weiteren besteht für den **sgV** die Gefahr, dass die heutige Anstossfinanzierung zur Daueraufgabe werde und auch Begehrlichkeiten für eine Verlängerung und mehr Mittel für die vorgeschlagenen neuen Finanzhilfen entstünden. Diese Argumente werden von der **Stiftung Zukunft CH** damit ergänzt, dass eine frühe und langandauernde Fremdbetreuung sich negativ auf die Entwicklung der Kinder auswirke und die Mütter mit Teilzeit oder ohne Erwerbstätigkeit zufrieden seien. Eltern würden unter Druck gesetzt, dem Doppelvollzeitmodell zu folgen. **up!schweiz** bringt zudem vor, dass Subventionen von allen Steuerzahlern zu bezahlen seien, aber nur einen bestimmten Lebensentwurf förderten und damit ungerecht seien. **VFG** ist gegen die neuen Finanzhilfen, weil der Staat nicht einseitig erwerbstätige Eltern unterstützen solle, sondern alle Familien unabhängig von der Betreuungsform. Für **GR** können die vorgesehenen befristeten und stark degressiv ausgestalteten Finanzhilfen keine nachhaltige Wirkung entfalten, so dass der Bund besser einen fixen Beitragsatz an die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung gewähren solle, weshalb die Anstossfinanzierung zu verlängern sei. Nach **economiesuisse** löst die Vorlage die Vereinbarkeitsprobleme nicht, sondern stellt künstliche Verbilligung einer Leistung dar, die den Wettbewerb verzerre und nicht nachhaltig sei. Für **hotelleriesuisse** und **SBLV** spricht der Einbezug der Arbeitgeber gegen die Vorlage und für **SBLV** zusätzlich die zu hohen vorgesehenen finanziellen Mittel.

**Gliederungstitel vor Artikel 2**

**2. Abschnitt: Finanzhilfen für die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder und für Projekte mit Innovationscharakter**

**ZG** beantragt folgenden Gliederungstitel: „Finanzhilfen für die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder und für die Strukturen für die Koordination der Betreuung in Tagesfamilien.“

Zum Gliederungstitel vor Artikel 2 sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen.

**Artikel 3 Absatz 4 unverändert verschoben (vorher Artikel 1 Absatz 2)**

**SAV, hotelleriesuisse** beantragen, auf die explizite Erwähnung der Arbeitgeber zu verzichten. **ZH** weist darauf hin, dass die finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber freiwillig bleiben müsse.

Zu Artikel 3 Absatz 4 sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen.

### Gliederungstitel vor Artikel 3a

#### 2a. Abschnitt: Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung und für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebots auf die Bedürfnisse der Eltern

**CROP** und **EKFF** beantragen, den Titel am Schluss mit „...Bedürfnisse der Eltern und der Kinder“ zu ergänzen.

Zum Gliederungstitel vor Artikel 3a sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen.

#### Artikel 3a Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung

- 1 *Die Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung können Kantonen gewährt werden, die gewährleisten, die Summe der Subventionen von Kanton und Gemeinden für die familienergänzende Kinderbetreuung zu erhöhen mit dem Ziel, die Drittbetreuungskosten der Eltern zu reduzieren. Als Referenz für den Vergleich gilt das Kalenderjahr vor Gewährung der Finanzhilfen. Von Kantonen oder Gemeinden gesetzlich vorgeschriebene Beiträge der Arbeitgeber an die Erhöhung der Subventionen werden angerechnet.*
- 2 *Die Finanzhilfen können Kantonen gewährt werden, wenn die Finanzierung der Erhöhung der Subventionen langfristig, mindestens aber für sechs Jahre, gesichert erscheint.*
- 3 *Sie können einem Kanton während der Laufzeit dieses Gesetzes nur einmal gewährt werden.*

#### – Zustimmung zu Artikel 3a in der vorgeschlagenen Formulierung

**3 Kantone** (SH, AR, NE), **BDP, CVP, die Grünen, SPS, Schweiz. Gemeindeverband, SAB, KFMV Schweiz, EDK, PRo Enfance, Bildung+Betreuung, S&E, alliance F, männer.ch** und **39 weitere Teilnehmende** (**Angestellte Schweiz, BPW Switzerland, CROP, EKFF, Evangelischer Frauenbund Zürich, FDP Frauen, frauenrechte beider basel, Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, insieme, Juristinnen Schweiz, mws, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Savoiresocial, SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, SKF, SKOS, SRK, SVIN, Schweizerische UNESCO-Kommission, VPOD, Wirtschaftsfrauen Schweiz**) stimmen Artikel 3a in der vorgeschlagenen Formulierung zu und unterstützen die Argumente im Erläuternden Bericht. Sie bringen hauptsächlich vor, die hohen Kosten für die familienergänzende Betreuung hätten zur Folge, dass es sich für Eltern oft finanziell nicht lohne, vermehrt erwerbstätig zu sein. Oft würden die Betreuungskosten und die zusätzlichen Steuern die Mehreinkünfte verschlingen. Deshalb sei es richtig, Anreize zu schaffen, um die Tarife zu senken. Es soll allen Familien ermöglicht werden, die familienergänzenden Betreuungsangebote zu nutzen, sofern sie dies wünschten.

#### – Teilweise Zustimmung zu Artikel 3a in der vorgeschlagenen Formulierung

**15 Kantone** (BE, LU, UR, SZ, OW, ZG, FR, SO, BS, BL, SG, AG, TI, VS, GE), **glp, SSV, SBV, SGB, Travail.Suisse, SODK, Pro Familia, kibesuisse, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, Caritas, SKG, Stadt Zürich, SVAMV** stimmen Artikel 3a nur teilweise zu und formulieren die nachfolgend dargestellten Änderungsanträge.

#### – Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 3a Absatz 1

**3 Kantone** (LU, SZ, FR), **SSV, SODK, SKG, Stadt Zürich** verlangen bzw. regen, dass Gesuche um Finanzhilfen nicht nur von den Kantonen, sondern auch von einzelnen Gemeinden eingereicht werden können sollen, da aufgrund der aktuellen Kompetenzordnungen nicht in allen Kantonen die Kantone für die familienergänzende Kinderbetreuung zuständig seien, sondern ausschliesslich die Gemeinden. **VS** verlangt auch, die Bestimmung solle den verschiedenen Organisationsformen der Kantone Rechnung tragen und es sollten pro Kanton mehrere Gesuche möglich sein. **TG** beantragt bei Aufrechterhaltung von Artikel 3a ebenfalls, dass nicht nur Kantone als Empfänger in Frage kommen könnten. Für den Fall, dass Artikel 3a bestehen bleibt, stellt **ZH** den Eventualantrag, dass auf das Erfordernis eines Gesamtkonzeptes zu verzichten sei und Kantone auch für verschiedene Gemeinden zu verschiedenen Zeitpunkten Finanzhilfen beantragen können sollen. Dabei solle der

Nachweis genügen, dass mit den Subventionserhöhungen der einzelnen Gemeinden die Drittbetreuungskosten sinken, da die Reduktion der negativen Erwerbsanreize nicht bewiesen werden könne.

**GL (Eventualantrag), SO, Stadt Zürich** fordern bzw. regen an, generell auf das Erfordernis der Regelung auf Gesetzesstufe zu verzichten. Die **SODK** regt dies im Namen einzelner Mitglieder ebenfalls an. **SG** verlangt, dass nur allfällige Beiträge der Arbeitgeber gesetzlich geregelt werden müssen, jedoch nicht kantonale und kommunale Subventionserhöhungen. **Pro Familia** erachtet die Anforderung einer gesetzlichen Grundlage ebenfalls für viele Kantone als schwierig.

**SO, VS** beantragen, es sei auch das bisherige und bestehende Engagement zu berücksichtigen, so dass die neuen Finanzhilfen des Bundes unabhängig davon Wirkung zeigten, ob sich die Kantone bisher bereits engagiert haben. **GE** regt dies ebenfalls an. **BE** beantragt, es sei eine Klausel zu prüfen, in der geregelt wird, dass für die Kantone proportional zu ihrer Bevölkerungszahl Mittel reserviert werden, welche sie beim Ausbau der Subventionen, unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Subventionen, beanspruchen können. Verzichte ein Kanton, so würden die anderen Kantone mehr unterstützt. **kibesuisse** beantragt, es sei als Referenz nicht nur auf das Kalenderjahr vor Gewährung der Finanzhilfen abzustellen, sondern es seien die letzten zwei bis drei Jahre zu beachten und der Durchschnitt zu berechnen.

**SSV** stellt den Antrag, dass jene Kantone, welche die familienergänzende Kinderbetreuung komplett den Gemeinden übertragen haben, zur Leistung von Beiträgen zur Entlastung der Eltern von Vorschul- und Schulkindern verpflichtet werden.

**ZG, die Grünen** und **kibesuisse** verlangen, dass auch die Erhöhung der Subventionen für Tagesfamilienorganisationen angerechnet werden soll.

**economiesuisse** und **SAV, SBLV** beantragen für den Fall, dass Artikel 3a bleibt, die Streichung des letzten Satzes betreffend Einbezug von Beiträgen der Arbeitgeber. **SBV** stellt ebenfalls den Antrag auf Streichung des Einbezugs der Arbeitgeber. **SODK** dagegen begrüsst den Einbezug allfälliger Arbeitgeberbeiträge ausdrücklich. **Travail.Suisse** verlangt, die Finanzhilfen sollen umso höher ausfallen, je stärker die Kantone auch die Arbeitgeber mit Vorgaben zur finanziellen Beteiligung verpflichten. **Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz** und **SVAMV** regen einen verpflichtenden und systematischen Einbezug der Wirtschaft an. **Caritas** bringt ebenfalls vor, es seien Finanzierungsmodelle vordringlich, die auch die Unternehmen zur Mitfinanzierung verpflichteten.

**3 Kantone** (LU, SO, JU) verlangen bzw. regen an, es seien nicht nur gesetzlich festgelegte, sondern auch freiwillig geleistete Beiträge von Arbeitgebern an die kantonalen und kommunalen Subventionserhöhungen anzurechnen.

**BL** fordert, dass bei der Berechnung der Summe der Subventionserhöhungen in einem Kanton ein stringentes nationales System vorgegeben werde, welches Kostenträger einbeziehe, die auf Basis einer einheitlichen Nomenklatur festgelegt worden seien; es müsse bei Inkraftsetzung der neuen Finanzhilfen gewährleistet werden, dass die Vorjahreszahlen überhaupt ermittelt werden könnten. **TG** gibt hierzu zu bedenken, dass die Bestimmung der Subventionssumme zusätzliche personelle Ressourcen erfordere, die an die Subventionssumme angerechnet werden müssten.

**ZG** stellt den Antrag, den Absatz 1 dahingehend zu ergänzen, dass die Drittbetreuungskosten spezifisch von mittelständischen und einkommensschwachen Familien reduziert werden sollen. **Caritas** fordert, Absatz 1 zu ergänzen, damit prioritär die Drittbetreuungskosten der Eltern der untersten Einkommenskategorie (unterstes Quintil) reduziert werden.

**glp** beantragt, den Nachweis der langfristigen Finanzierung über mindestens sechs Jahre von Absatz 2 in Absatz 1 zu verschieben (redaktioneller Antrag). Alternativ stellt **glp** einen Antrag auf eine

vollständige (redaktionelle) Neuformulierung von Artikel 3a, da der vorgeschlagene Gesetzestext zu schwammig formuliert sei.

– **Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 3a Absatz 2**

**BE** beantragt die Streichung von Absatz 2, da nicht einsehbar sei, weshalb die Kantone einen längerfristigen Finanzierungsnachweis erbringen sollten, wenn der Bund nur während dreier Jahre bezahle. **OW, ZG, AG** verlangen, dass der Nachweis der längerfristigen Finanzierung für vier, **TI** für drei anstatt für sechs Jahre zu erbringen sei. **UR, SZ, BS, SODK** beantragen bzw. regen ebenfalls die angemessene Berücksichtigung der Fristen der Budgetprozesse an.

Für **SGB** ist eine Verpflichtung der Kantone und Gemeinden über sechs Jahre hinaus anzustreben.

**Pro Familia** verlangt die Überprüfung der Formulierung „...gesichert erscheint.“, diese lasse dem Bund zu viel Spielraum.

– **Weitere Anregungen und Vorbehalte zu Artikel 3a**

**ZH** und **SKG** regen an, der Bund solle das Thema der negativen Erwerbsanreize aufnehmen und in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden Hilfsmittel zur Verfügung stellen, damit diese ihre Tarifsysteme entsprechend überprüfen und anpassen könnten.

**SPS** schlägt vor, es sollte weiterhin sensibilisiert werden, dass auch künftig zusätzliche freiwillige Leistungen, namentlich der Arbeitgeber erbracht würden. Das freiwillige Engagement solle nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden.

**EDK** betont die Wichtigkeit des Subsidiaritätsprinzips.

**Kibesuisse** und **PRo Enfance** sind der Ansicht, die 85 Mio. Franken könnten keine spürbare Entlastung der Eltern bringen.

**EKFF** befürchtet einen grossen administrativen Aufwand auf die Kantone zukommen, bis diese sich entschieden hätten, wen (Kantone, Gemeinde und gegebenenfalls Arbeitgeber) sie in ihrer Gesuchstellung berücksichtigen wollen.

– **Ablehnung von Artikel 3a**

**3 Kantone** (NW, AI, GR), **FDP, SVP, economiesuisse, sgV, hotelleriesuisse, SBLV, Stiftung Zukunft CH, upiSchweiz, VFG, ZHK** lehnen die Vorlage als Ganzes ab und damit auch Artikel 3a.

**5 Kantone** (ZH, GL, TG, VD, JU), **SAV, Centre Patronal** welche die Vorlage zwar grundsätzlich befürworten, stellen sich ebenfalls gegen die in Artikel 3a vorgesehenen Finanzhilfen für Subventionserhöhungen der Kantone und Gemeinden. **4 Kantone** (ZH, TG, VD, JU) bringen hauptsächlich vor, dass mit der geplanten Befristung der Finanzhilfen auf drei Jahre und deren stark degressiven Ausgestaltung sowie der Verpflichtung der Kantone zur Finanzierung der Subventionserhöhungen über mindestens sechs Jahre, die Finanzierung auf die Kantone und Gemeinden abgewälzt würde.

**SSV** hält trotz grundsätzlicher Zustimmung fest, dass einige Mitglieder den Finanzhilfen nach Artikel 3a ebenfalls kritisch gegenüber stünden, da die Mehrbelastung durch die Senkung der Elternbeiträge für die Städte angesichts des Spardrucks kaum zu bewältigen wäre. **ZH** bringt überdies vor, dass die Umsetzung sehr aufwändig und aufgrund der ausschliesslichen Zuständigkeit der Gemeinden im Kanton ZH in einzelnen Punkten unmöglich oder zweckwidrig wäre. Auch **VD** gibt zu bedenken, dass die Tarifausgestaltung in der Kompetenz der Gemeinden liege und die Vorlage zu einem noch komplexeren System führen würde. **Centre Patronal** erachtet die Umsetzung von Artikel 3a ebenfalls als zu kompliziert, sie öffne Tür und Tor für neue bürokratische Massnahmen.

**BDP** zweifelt trotz grundsätzlicher Zustimmung ebenfalls, inwieweit die Kantone die vom Bund angestossene Subventionierung weiterführen. **JU** bringt zusätzlich vor, das geplante System bedeute eine Ungleichbehandlung der Kantone; diejenigen, die bis heute bereits viel gemacht hätten, würden benachteiligt, da sie ihr bereits hohes Engagement aufgrund der finanziell schwierigen Lage nicht noch weiter ausbauen und deshalb keine Finanzhilfen beantragen könnten. Für **Centre Patronal** sind die vorgesehenen 85 Mio. Franken mit Blick auf den Spardruck zu hoch.

**Artikel 3b Finanzhilfen für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern**

- 1 Die Finanzhilfen für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern können Kantonen, Gemeinden, weiteren juristischen sowie natürlichen Personen gewährt werden.
- 2 Sie können für Projekte gewährt werden, die darauf abzielen, die familienergänzenden Betreuungsangebote auf kantonaler, regionaler oder kommunaler Ebene besser auf die Bedürfnisse der Eltern abzustimmen. Dies gilt insbesondere für Projekte, die:
  - a. umfassende und gemeinsam mit der Schule organisierte Betreuungsangebote für Schulkinder gewährleisten;
  - b. Betreuungsangebote für Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten oder flexiblen Arbeitsinsätzen gewährleisten; oder
  - c. Betreuungsangebote ausserhalb der üblichen Öffnungszeiten, namentlich in Randzeiten oder während der Schulferien gewährleisten.

– **Zustimmung zu Artikel 3b in der vorgeschlagenen Formulierung**

**18 Kantone** (BE, LU, UR, SZ, OW, GL, FR, SO, SH, AR, SG, AG, TG, TI, VS, NE, GE, JU), **BDP, CVP, glp, SPS, Schweiz. Gemeindeverband, SSV, SAB, SAV, SBV, KFMV Schweiz, Travail.Suisse, EDK, SODK, S&E, alliance F, männer.ch, Angestellte Schweiz, BPW, Evangelischer Frauenbund Zürich, FDP Frauen, frauenrechte beider basel, Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, Juristinnen Schweiz, mws, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, SKF, Stadt Zürich, SVIN, Schweizerische UNESCO-Kommission, Wirtschaftsfrauen Schweiz** stimmen Artikel 3b in der vorgeschlagenen Formulierung zu und unterstützen die Argumente im Erläuternden Bericht. Im Bereich der Abstimmung der Betreuungsangebote auf die Bedürfnisse der Eltern wird ein grosser Handlungsspielraum geortet, gerade auch im schulergänzenden Bereich. **GL** bringt zudem vor, dass gemäss Erfahrungen mit der Anstossfinanzierung mit einer besseren Abstimmung der Angebote auch die Nachfrage steige, was wiederum die dauerhafte Finanzierung der Angebote sichere oder zumindest vereinfache.

– **Teilweise Zustimmung zu Artikel 3b in der vorgeschlagenen Formulierung**

**5 Kantone** (ZH, ZG, BS, BL, VD), **die Grünen, SGB, Pro Familia, Pro Enfance, Bildung+Betreuung, kibesuisse, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, Caritas, Centre Patronal, CROP, EKFF, insieme, Savoirsocial, SKG, SKOS, SRK, SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände, SVAMV** und **VPOD** stimmen Artikel 3b nur teilweise zu und formulieren die nachfolgend dargestellten Änderungsanträge.

– **Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 3b**

**5 Kantone** (ZH, ZG, BS, BL, GE), **Bildung + Betreuung, Pro Familia, Pro Enfance, kibesuisse, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, Centre Patronal, CROP, EKFF, SKOS, SRK, SSLV** sowie die **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände, SVAMV** beantragen bzw. regen an, dass der Wortlaut der Bestimmung so angepasst wird, dass die Projekte nicht nur die Bedürfnisse der Eltern, sondern insbesondere auch das Kindeswohl bzw. die Bedürfnisse der Kinder zu berücksichtigen seien. Die Bedürfnisse der Eltern und der Kinder würden nicht immer zwingend übereinstimmen, das Kindeswohl sei jedoch immer prioritär. **Pro Enfance** ergänzt, es sei die Verschiedenartigkeit der zu betreuenden Kinder zu berücksichtigen und das Prinzip der Chancengleichheit zu garantieren. **TG** weist ebenfalls auf eidgenössische und kantonale Regeln hin, die in Bezug auf die familienergänzende Kinderbetreuung aufs Kindeswohl fokussierten, wonach z.B. gewisse Angebote aus sozialpädagogischen Gründen nicht bewilligt würden, obwohl sie den Bedürfnissen der Eltern entsprächen. **Centre Patronal** schliesst sich dieser Argumentation ebenfalls an. Weil das Wohl des Kindes an erster Stelle stehen müsse, fordern **die Grünen, SGB, Bildung+Betreuung, kibesuisse, VPOD** dass jedes Projekt ein pädagogisches Konzept vorweisen und von pädagogischen Fachpersonen (mit)verantwortet werden müsse. **SGB** und **VPOD** verlangen, im Auftrag des Bundes seien pädagogisch und entwicklungspsychologisch begründete Qualitätskriterien auszuarbeiten, welche als Voraussetzungen für die Finanzierung solcher Projekte

dienten. Auch **kibesuisse** und **Caritas** fordern, die Betreuungsqualität müsse bei der Projektbewertung ein Kriterium sein. Ebenso müssten Minimalstandards für die Anstellungsbedingungen als Voraussetzung für die Finanzierung festgelegt werden. **Bildung+Betreuung** fordert, dass Projekte zur Verbesserung der Qualitätsentwicklung nicht ausgeschlossen werden dürften. **Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz** verlangt, vor der ersten Projektvergabe seien in Zusammenarbeit mit einer ausgewiesenen Fachstelle Kriterien und Empfehlungen bezüglich Kindeswohl abzuleiten, um Orientierung für die zu finanzierenden Projekte zu bieten. Für **Savoiresocial** muss die fachliche Qualifikation des Betreuungspersonals bei allen Projekten gewährleistet und die Aufgaben und Kompetenzen der Betreuenden konzeptionell beschrieben sein.

Für **kibesuisse** sollten auch Projekte zur Ausarbeitung von Finanzierungsmodellen gefördert werden, mit denen die Wirtschaft ebenfalls beteiligt werde.

**insieme** stellt den Antrag auf einen neuen Buchstaben, der die Finanzierung von Projekten für Eltern von Kindern mit geistiger Behinderung vorsieht.

**SKG** regt an, auch hier im Gesetzestext ausdrücklich die Bemühungen seitens der Arbeitgeber anzurechnen und damit entsprechende Anreize zu schaffen.

**ZG** stellt Antrag auf Aufnahme eines neuen Buchstaben d: „familienfreundliche Arbeitszeitregelungen zum Ziel haben und von Arbeitgebern lanciert und finanziert werden.“

**VD** beantragt die Aufnahme von Projekten zur Förderung von schulergänzenden Betreuungsangeboten für Eltern in Ausbildung oder in beruflicher Eingliederung sowie zur Förderung von Betreuungsangeboten für Kinder mit besonderen Bedürfnissen.

**Die Grünen** fordern, dass bei Projekten nach den Buchstaben b und c die Betreuungsqualität ein Kriterium bei der Projektbewertung sein müsse. **Savoiresocial** beantragt einen neuen Buchstaben d: „die Qualitätsentwicklung von familienergänzenden Betreuungsangeboten fördern.“

– **Weitere Anregungen und Vorbehalte zu Artikel 3b**

**BS** bringt vor, die vorgesehenen Finanzhilfen hätten Objektfinanzingscharakter, weshalb sie in Kantonen, die ein System von Subjektfinanzierungen kennen, kaum übernommen und weitergeführt werden könnten. Die Vorlage sollte diesem Umstand Rechnung tragen.

**BDP** formuliert den Vorbehalt, dass Plätze mit flexiblen Betreuungszeiten massvoll ausgebaut werden sollten, dieser Bedarf sei v.a. mit Tagesfamilien abzudecken.

Für **Centre Patronal** dürften die Finanzhilfen nicht zu falschen Anreizen führen, die einen allgemeinen Anstieg der Betreuungskosten zur Folge hätten. Dies könne z.B. passieren, wenn eine Betreuungseinrichtung an Randzeiten für nur ganz wenige Kinder geöffnet werde, was zwar den Bedürfnissen der Eltern entspreche, aber betriebswirtschaftlich nicht rentieren könne.

**SAB** fordert den Bund auf, regionale Aspekte und Kooperationen bei der Auswahl der Projekte stark zu gewichten sowie private und lokale Initiativen zu unterstützen und weitreichend zu fördern.

**Spielgruppen Aarau** betonen, der Fokus der Familienpolitik sollte dringend mit den Bedürfnissen der Kinder und Aspekten aus dem „Orientierungsrahmen für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in der Schweiz“ ergänzt werden.

– **Ablehnung von Artikel 3b**

**3 Kantone (NW, AI, GR), FDP, SVP, economiesuisse, sgV, hotelleriesuisse, SBLV, Stiftung Zukunft CH, up!Schweiz, VFG, ZHK** lehnen die Vorlage als Ganzes ab und damit auch Artikel 3b. **ZHK** betont, die Projekte würden auch ohne Bundeshilfen durchgeführt und zudem lohne sich bei

maximal 15 Mio. Franken nicht, eine Gesuchsprüfungsadministration aufzubauen, für die ein Personalausbau vorgesehen sei.

#### Gliederungstitel vor Artikel 4

#### 2b. Abschnitt: Verfügbare Mittel, Bemessung und Dauer der Finanzhilfen

Zum neuen Gliederungstitel vor Artikel 4 sind keine Stellungnahmen eingegangen.

#### Artikel 4 Absätze 1, 2 und 2<sup>bis</sup>

- 1 Die Bundesversammlung beschliesst für die Finanzhilfen nach dem 2. und nach dem 2a. Abschnitt je einen mehrjährigen Verpflichtungskredit.
- 2 Aufgehoben
- 2<sup>bis</sup> Für Projekte mit Innovationscharakter (Art. 2 Abs. 1 Bst. d) dürfen höchstens 15 Prozent der mittels Verpflichtungskredit für Finanzhilfen nach dem 2. Abschnitt zur Verfügung gestellten Mittel eingesetzt werden.

Einzig **Pro Familia** stellt zu Absatz 2<sup>bis</sup> einen Antrag, wonach die Quote der verfügbaren Mittel für Projekte prozentual erhöht werden müsse, damit private Trägerorganisationen Angebote, namentlich für Schulkinder entwickeln und anbieten könnten.

Zu Artikel 4 Absätze 1, 2 und 2<sup>bis</sup> sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen, womit sich die vollumfängliche bzw. teilweise Annahme oder Ablehnung der Vorlage jeweils auch auf diese Bestimmungen bezieht.

#### Artikel 5 Absätze 3<sup>bis</sup> und 3<sup>ter</sup>

- 3<sup>bis</sup> Die Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung (Art. 3a) werden während der ersten drei Jahre der Subventionserhöhung gewährt. Sie betragen im ersten Jahr 65 Prozent, im zweiten Jahr 35 Prozent und im dritten Jahr 10 Prozent der Subventionserhöhung.
- 3<sup>ter</sup> Die Finanzhilfen für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern (Art. 3b) decken höchstens die Hälfte der Kosten des Projekts einschliesslich seiner Evaluation.

- **Zustimmung zu Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup> in der vorgeschlagenen Formulierung**  
7 Kantone (ZG, AR, BS, BL, SH, NE, GE), **BDP, glp, SPS, Schweiz. Gemeindeverband, SSV, SAB, SBV, KFMV Schweiz, PRo Enfance, männer.ch** sowie **Caritas, CROP, Evangelischer Frauenbund Zürich, FDP Frauen, frauenrechte beider basel, Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, insieme, Juristinnen Schweiz, mws, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Savoirsocial, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, SKF, SRK, SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen und Spielgruppenverbände, Stadt Zürich, SVIN, Schweizerische UNESCO-Kommission, Wirtschaftsfrauen Schweiz** stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup> in der vorgeschlagenen Formulierung zu und unterstützen die Argumente im Erläuternden Bericht.
- **Teilweise Zustimmung zu Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup> in der vorgeschlagenen Formulierung**  
11 Kantone (BE, LU, UR, SZ, OW, FR, SO, SG, AG, TI, VS), **CVP, die Grünen, SGB, Travail.Suisse, EDK, SODK, Pro Familia, Bildung+Betreuung, kibesuisse, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, S&E, alliance F** sowie **Angestellte Schweiz, BPW, EKFF, SKG, SKOS, SVAMV, VPOD** stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup> nur teilweise zu und beantragen die nachfolgend dargestellten Änderungen.
- **Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup>**  
10 Kantone (BE, UR, SZ, OW, FR, SO, SG, AG, TI, VS), **SGB, SODK, Bildung+Betreuung, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, SKOS, VPOD** stellen den Antrag bzw. regen an, die Degression sei zu streichen, weil diese Lösung zu kompliziert sei, der Nutzen zu wenig ersichtlich und der administrative Aufwand angesichts der geringen Höhe der zu erwartenden Beiträge möglichst tief gehalten werden sollte. **ZH, sgv** schliessen sich für den Fall, dass an den Finanzhilfen nach Artikel 3a festgehalten werde, diesem Streichungsantrag an. Wird die Degression beibehalten, be-

fürworten **ZH** (Eventualantrag), **OW**, **die Grünen**, **sgv** (Eventualantrag), **EDK**, **SKOS** eine weniger starke Degression. **CVP** erachtet die Degression ebenfalls als zu steil und fordert flankierende Massnahmen wie ein erhöhtes Engagement der Unternehmen, v.a. zur Bekämpfung des aktuellen Fachkräftemangels. **Pro Familia** fordert ebenfalls eine erneute Überprüfung der vorgeschlagenen Degression mit Blick auf die realen Möglichkeiten der Gemeinden. **S&E** und **Angestellte Schweiz** sehen in der degressiven Ausgestaltung ebenfalls ein Problem der Vorlage. **EKFF** beantragt eine Degression von 65%, 50% und 20%. **AG** fordert einen einheitlichen Satz von drei Mal 37%. **Travail.Suisse** fordert eine flexible Handhabung der Degression. **BE** beantragt zudem, der Anteil des Bundes an der Subventionserhöhung sei zu erhöhen (z.B. 50% über drei Jahre). **SGB**, **Bildung+Betreuung**, **VPOD** fordern ansteigende Beiträge; die Kosten für Subventionen von Kinderbetreuungseinrichtungen stiegen mit der Nachfrage der Eltern stetig.

**BE** und **SO** verlangen, die für drei Jahre vorgesehene Dauer der Bundesunterstützung sei zu verlängern. **ZH** schliesst sich für den Fall, dass an diesen Finanzhilfen festgehalten werde, dieser Ansicht an. **SVAMV** stellt diesen Antrag ebenfalls, falls die Degression aufrechterhalten werde. **SKG** fordern eine Verlängerung der Laufzeit, solange bis die zusätzlichen Steuereinnahmen und Einsparungen für Kantone und Gemeinden spürbar seien.

**3 Kantone** (LU, OW, VS), **die Grünen**, **SGB**, **alliance F**, **Bildung+Betreuung**, **kibesuisse**, **Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz**, **BPW**, **VPOD** fordern eine dauerhafte Ausrichtung der Finanzhilfen. **S&E** und **SKG** erachten die zeitliche Begrenzung der Finanzhilfen ebenfalls als problematisch. Mit diesen Anträgen wird eine Verlängerung bzw. Verstetigung der Gültigkeit der diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen verlangt (Art. 10 Abs. 6).

- **Weitere Anregungen und Vorbehalte zu Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup>**  
**glp** ist nicht klar, welche Projekte eine Evaluation benötigen und welche nicht (vgl. auch Vorbehalt zu Art. 5 Abs. 3<sup>ter</sup>).
- **Ablehnung von Artikel 5 Absatz 3<sup>bis</sup>**  
**3 Kantone** (NW, AI, GR), **FDP**, **SVP**, **economiesuisse**, **sgv**, **hotelleriesuisse**, **SBLV**, **Stiftung Zukunft CH**, **up!Schweiz**, **VFG**, **ZHK** lehnen die Vorlage als Ganzes ab und damit auch Artikel 5 Absätze 3<sup>bis</sup>. **5 Kantone** (ZH, TG, GL, VD, JU), **SAV**, **Centre Patronal** stellen sich gegen die Finanzhilfen nach Artikel 3a und damit auch gegen Artikel 5 Abs. 3<sup>bis</sup>.
- **Zustimmung zu Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup> in der vorgeschlagenen Formulierung**  
**22 Kantone** (BE, LU, UR, SZ, OW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, SG, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU), **BDP**, **CVP**, **die Grünen**, **glp**, **SPS**, **Schweiz. Gemeindeverband**, **SSV**, **SAB**, **SAV**, **SBV**, **SGB**, **KFMV Schweiz**, **EDK**, **SODK**, **Pro Familia**, **PRo Enfance**, **Bildung+Betreuung**, **kibesuisse**, **Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz**, **S&E**, **alliance F**, **männer.ch** sowie **Angestellte Schweiz**, **BPW**, **Caritas**, **Centre Patronal**, **EKFF**, **Evangelischer Frauenbund Zürich**, **FDP Frauen**, **frauenrechte beider basel**, **Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden**, **Frauenzentrale Luzern**, **Frauenzentrale Zürich**, **insieme**, **Juristinnen Schweiz**, **mws**, **NGO-Koordination post Beijing Schweiz**, **Savoiresocial**, **Schweiz. Verband der Akademikerinnen**, **SKG**, **SKF**, **SKOS**, **SRK**, **SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände**, **Stadt Zürich**, **SVAMV**, **SVIN**, **VPOD**, **Wirtschaftsfrauen Schweiz** stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup> in der vorgeschlagenen Formulierung zu und unterstützen die Argumente im Erläuternden Bericht.
- **Teilweise Zustimmung zu Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup> in der vorgeschlagenen Formulierung**  
**ZH**, **Travail.Suisse**, **CROP**, **Schweizerische UNESCO-Kommission** stimmen Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup> nur teilweise zu und beantragen die nachfolgend dargestellten Änderungen.

- **Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup>**

ZH fordert, die Finanzhilfen seien nicht nur für die Projektierung, sondern auch für den Betrieb der Angebote zu gewähren, da Nischenangebote oft in der Aufbauphase wirtschaftliche Probleme hätten.

Für **Travail.Suisse** sollten die maximalen Finanzhilfen von 50% der Kosten in begründeten Fällen überschritten werden können.

**CROP** beantragt auch hier die Bedürfnisse der Kinder zu erwähnen.

**Schweizerische UNESCO-Kommission** beantragt eine Ergänzung, wonach die Finanzhilfen auch für Projekte ausgerichtet werden, die eine hohe Qualität des familienergänzenden Betreuungsangebotes sicherstellen und die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen (vgl. auch Antrag zu Art. 1 Abs. 2 Bst. d).
- **Weitere Anregungen und Vorbehalte zu Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup>**

**glp** ist nicht klar, welche Projekte eine Evaluation benötigen und welche nicht (vgl. auch Vorbehalt zu Art. 5 Abs. 3<sup>bis</sup>).
- **Ablehnung von Artikel 5 Absatz 3<sup>ter</sup>**

**3 Kantone** (NW, AI, GR), **FDP, SVP, economiesuisse, sgV, hotelleriesuisse, SBLV, Stiftung Zukunft CH, up!Schweiz, VFG, ZHK** lehnen die Vorlage als Ganzes ab und damit auch Artikel 5 Absätze 3<sup>ter</sup>.

#### Artikel 6 Absätze 5 und 6

- 5 *Die Kantone müssen das Gesuch um Finanzhilfen nach Artikel 3a vor der Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung einreichen.*
- 6 *Kantone, Gemeinden, weitere juristische Personen sowie natürliche Personen müssen das Gesuch um Finanzhilfen nach Artikel 3b vor Beginn des Projekts einreichen. Die Gemeinden legen dem Gesuch eine Stellungnahme der betreffenden Kantone bei, weitere juristische Personen sowie natürliche Personen eine Stellungnahme der betreffenden Kantone oder Gemeinden.*

Zu **Artikel 6 Absatz 5** sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- **Zustimmung zu Artikel 6 Absatz 6 in der vorgeschlagenen Formulierung**

**14 Kantone** (LU, OW, GL, ZG, FR, SO, BS, SH, AR, AG, TG, VS, NE, GE), **BDP, CVP, die Grünen, glp, SPS, Schweiz. Gemeindeverband, SSV, SAB, SAV, SBV, SGB, KFMV Schweiz, Travail.Suisse, EDK, Pro Familia, PRo Enfance, Bildung+Betreuung, kibesuisse, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, S&E, alliance F, männer.ch** sowie **Angestellte Schweiz, BPW, Caritas, Centre Patronal, CROP, EKFF, Evangelischer Frauenbund Zürich, FDP Frauen, frauenrechte beider basel, Frauenzentrale Appenzell Ausser rhoden, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, insieme, Juristinnen Schweiz, mws, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Savoirsocial, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, SKG, SKF, SKOS, SRK, SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände, Stadt Zürich, SVAMV, SVIN, Schweizerische UNESCO-Kommission, VPOD, Wirtschaftsfrauen Schweiz** stimmen Artikel 6 Absatz 6 in der vorgeschlagenen Formulierung zu und unterstützen die Argumente im Erläuternden Bericht.
- **Teilweise Zustimmung zu Artikel 6 Absatz 6 in der vorgeschlagenen Formulierung**

**9 Kantone** (ZH, BE, UR, SZ, BL, SG, TI, VD, JU), **SODK** stimmen Artikel 6 Absatz 6 nur teilweise zu und beantragen die nachfolgend dargestellten Änderungen.
- **Änderungsanträge und -vorschläge zu Artikel 6 Absatz 6**

**9 Kantone** (ZH, BE, UR, SZ, BL, SG, TI, VD, JU), **SODK** beantragen, zu allen Gesuchen soll ausschliesslich eine Stellungnahme der betroffenen Kantone eingeholt werden müssen, nicht teilweise von den Kantonen und teilweise von den Gemeinden.

ZH fordert, die Finanzhilfen seien auch für laufende Projekte zu gewähren.

– **Weitere Anregungen und Vorbehalte zu Artikel 6 Absatz 6**

**SH** spricht sich betreffend Einholen der Stellungnahmen der Kantone und Gemeinden für ein pragmatisches Vorgehen aus, der administrative Aufwand sollte für sie möglichst gering gehalten werden.

– **Ablehnung von Artikel 6 Absatz 6**

**3 Kantone** (NW, AI, GR), **FDP, SVP, economiesuisse, sgV, hotelleriesuisse, SBLV, Stiftung Zukunft CH, up!Schweiz, VFG, ZHK** lehnen die Vorlage als Ganzes ab und damit auch Artikel 6 Absatz 6.

**Artikel 7 Sachüberschrift und Abs. 3**

*Entscheid und Leistungsverträge*

3 *Es entscheidet durch Verfügung über die Gesuche um Finanzhilfen für die Erhöhung von Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung und für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern.*

**CROP** und **EKFF** beantragen auch hier die Bedürfnisse der Kinder zu erwähnen.

Zu Artikel 7 Sachüberschrift und Absatz 3 sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen, womit sich die vollumfängliche bzw. teilweise Annahme oder Ablehnung der Vorlage jeweils auch auf diese Bestimmung bezieht.

**Artikel 9 Ausführungsbestimmung**

*Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen.*

**7 Kantone** (SZ, GL, FR, BL, AG, TI, VD) und **SODK** beantragen, die Kantone seien über deren Konferenzen SODK und EDK in die Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen einzubeziehen.

**3 Kantone** (ZH, SZ, SO), **EDK, SODK, PRo Enfance** und **SVAMV** verlangen, dass die Ausführungsbestimmungen so zu formulieren und die neuen Finanzhilfen dergestalt umzusetzen seien, dass der administrative Aufwand möglichst gering gehalten werden könne.

Zu Artikel 9 sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen, womit sich die vollumfängliche bzw. teilweise Annahme oder Ablehnung der Vorlage jeweils auch auf diesen Artikel bezieht.

**Artikel 9a Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...**

*Das BSV gewährt Finanzhilfen nach dem 2. Abschnitt längstens bis zum 31. Januar 2019.*

**SH** beantragt zusätzlich die Verlängerung der Anstossfinanzierung und damit eine Streichung von Artikel 9a sowie eine Änderung von Artikel 10 (neuer Absatz mit erneuter Verlängerung der Gesetzesbestimmungen zur Anstossfinanzierung). **GR** fordert die Verlängerung anstelle der Vorlage und **VD** anstelle von Artikel 3a. **TG** wirft ebenfalls die Frage auf, ob es anstelle der Vorlage nicht zielführender wäre, wenn sich der Bund dauerhaft und nachhaltig in der Anstossfinanzierung engagieren würde. Für **Travail.Suisse** sollte die heutige Anstossfinanzierung mittelfristig zu einem Rahmengesetz für die Betreuungsinfrastruktur von Kindern und pflegebedürftigen Menschen umgebaut werden.

**Artikel 10 Absatz 6**

6 *Die Geltungsdauer dieses Gesetzes wird bis zum ... verlängert.*

Für **NE, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, mws, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, SVAMV** ist die Bundesbeteiligung absolut not-

wendig, aber nicht ausreichend. Für **SPS** müsste sie dauerhaft sein. **AR** erachtet eine längerfristige Beteiligung des Bundes mit beiden neuen Arten von Finanzhilfen ebenfalls als wünschenswert. Diejenigen Teilnehmenden, die sich bezüglich der Finanzhilfen nach Artikel 3a für eine längere Ausrichtung der Finanzhilfen aussprechen (vgl. Änderungsanträge zu Art. 5 Abs. 3<sup>bis</sup>), sprechen sich damit auch für eine entsprechende Verlängerung der Laufzeit der diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen und damit für eine Änderung von Artikel 10 Absatz 6 aus.

Zu Artikel 10 Absatz 6 sind keine weiteren Stellungnahmen eingegangen, womit sich die vollumfängliche bzw. teilweise Annahme oder Ablehnung der Vorlage jeweils auch auf diesen Absatz bezieht.

### 3.3 Weitere Anträge und Anregungen

#### 3.3.1 Kredithöhe

**SPS, die Grünen, SGB, SVAMV** stellen den Antrag auf Erhöhung des Kredites bzw. auf Prüfung einer Erhöhung. Dabei seien namentlich auch die Einsparungen im Bereich der Sozialhilfe einzurechnen. **alliance F** regt ebenfalls eine deutliche Erhöhung des Betrages an. Für **die Grünen, Bildung+Betreuung, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, Caritas** sollte so viel Geld investiert werden, dass die Eltern höchstens einen Drittel der Vollkosten tragen müssten. **SGB** fordert einen Beitrag der öffentlichen Hand an die Kinderbetreuung von mindestens 1% des Bruttoinlandproduktes anzustreben.

Für **SG** ist es fraglich, ob die vorgesehene Kredithöhe angesichts der Verschärfung des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels ausreichen. **VD** und **VS** bedauern den bescheidenen Betrag. **SSV** erachtet die 100 Mio. im Vergleich zum Engagement der Städte als eher „symbolisch“ und kaum für geeignet, wesentliche Fortschritte zu bringen. **BPW, Frauenzentrale Luzern, Frauenzentrale Zürich, insieme, mws, Schweiz. Verband der Akademikerinnen** bezeichnen den Kredit ebenfalls als zu tief. Für **SAB** ist unklar, woher die 100 Mio. Franken kommen, erachtet es aber als zentral, dass sichergestellt werden müsse, dass der vorgesehene Kredit für die ganze Dauer der Finanzhilfen vollständig zur Verfügung stehe.

**VD** beantragt, die 100 Mio. Franken seien für eine Verstärkung der Anstossfinanzierung und für die Finanzhilfen nach Artikel 3b zu verwenden. **JU, Travail.Suisse** würden ebenfalls eine Erhöhung des Betrages für die Projektfinanzhilfen nach Artikel 3b begrüßen. **SKG** stellt Antrag auf Erhöhung von 15 auf 30 Mio. Franken, so dass der Gesamtkredit 115 Mio. Franken betragen müsste. Für **SKOS** sollte die Begrenzung auf 15 Mio. Franken aufgehoben oder der Anteil am Gesamtbetrag substantiell erhöht werden. **SSV, Pro Familia** und **insieme** werfen ebenfalls die Frage auf, ob für diese Finanzhilfen nicht mehr Mittel vorgesehen werden sollten.

**EDK** erachtet den Anteil, der für die Finanzhilfen nach Artikel 3a reserviert ist, als zu hoch. Dieser könne für andere Fördermassnahmen verwendet werden.

**SBV, SBLV** fordern dagegen, den finanziellen Rahmen von 100 Mio. Franken sowie die angenommenen Mehrbelastungen der Kantone und Gemeinden von rund 75 Mio. Franken pro Jahr noch einmal zu überprüfen, diese seien in Anbetracht der angespannten Finanzlagen zu hoch.

#### 3.3.2 Anträge auf Änderung anderer Bestimmungen des KBFHG

**ZG** fordert, die Artikel 2 und 3 seien zu vereinfachen und allenfalls zusammenzufassen.

**VS** verlangt, dass die Betreuung in Tagesfamilien im Gesetz ausdrücklich erwähnt wird.

**Schweizerische UNESCO-Kommission** beantragt einen analog zu Artikel 3b ausgestalteten zusätzlichen Artikel 3c, mit dem neue Finanzhilfen für Projekte festgelegt werden sollen, die eine hohe Qualität des familienergänzenden Betreuungsangebotes sicherstellen und die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen (vgl. auch Anträge zu Art. 1 Abs. 2 Bst d und Art. 5 Abs. 3<sup>ter</sup>).

### 3.3.3 Anträge und Anregungen zu den Erläuterungen im Hinblick auf die Botschaft

**economiesuisse** weist darauf hin, es werde ausser Betracht gelassen, dass die hohe Teilzeiterwerbstätigkeit der Mütter oft frei gewählt sei.

**Pro Enfance** erachtet es als angebracht, in Ziffer 1.2.2 die Betreuung innerhalb der Familie (Tagesfamilien) aufzunehmen.

Für **OW** müssten nähere Informationen aufgenommen werden, inwiefern die Kantone bei den Finanzhilfen nach Artikel 3b involviert seien, ausser dass ihre Stellungnahme dem Gesuch beigelegt werden müsse.

**SGB, Bildung+Betreuung, Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz, Caritas, CROP, SVAMV, VPOD** kritisieren, dass das Kindeswohl und die Betreuungsqualität sowie die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen mit keinem Wort erwähnt würden und beantragen die Aufnahme in die Botschaft.

Für **SPS** sollten für ein qualitativ hochstehendes Angebot zusätzlich zur Vorlage die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Auch **Pro Enfance** fordert, es müsse mehr in die Ausbildung des Betreuungspersonals (Sekundarstufe 2 und Tertiär) investiert werden.

**SVAMV** stellt den Antrag, auch die Lebenslage und Bedürfnisse der Einelternfamilien zu erörtern.

**SSLV** sowie **15 FKS Spielgruppenleiter/innen** und **Spielgruppenverbände** bemängeln, dass die Ausführungen in der Übersicht einseitig seien, da sie die Angebote, die nicht der Vereinbarkeit dienen, wie z.B. die Spielgruppen, ausblendeten.

**CROP** beantragt, „familles monoparentales“ durch „foyers/ménages monoparentaux“ zu ersetzen, da das Kind zwei Elternteile habe. Zudem seien entgegen dem Erläuternden Bericht auch die nicht obhutsberechtigten Elternteile von Armut betroffen (i.d.R. Männer), da die Sozialhilfe ihnen die Alimente nicht anrechne.

### 3.3.4 Anträge und Anregungen zu ausserhalb der Vorlage zu behandelnde Themen

Für **BDP** wäre eine Verortungsdiskussion zwischen Bund und Kantonen über die Etablierung des Kinderbetreuungsbereichs als Verbundaufgabe nötig.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende fordern Anpassungen im Bereich der Familienbesteuerung:

- **BDP, CVP, economiesuisse, SAV, hotelleriesuisse, ZHK** verlangen bzw. regen an, der Fremdbetreuungskostenabzug (Erhöhung, Ausgestaltung als Gewinnungskostenabzug) sei anzupassen. **FDP** fordert zusätzliche Steuerabzüge zur Entlastung der Eltern. Auch **BDP** erachtet Anreize über steuerliche Begünstigungen für denkbar, wobei die Arbeitgeber in die Ausgestaltung einzubeziehen wären.
- **alliance F, BPW, FDP Frauen, Frauenzentrale Zürich, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Schweiz. Verband der Akademikerinnen, Wirtschaftsfrauen Schweiz** fordern eine Anpassung der hohen Grenzsteuersätze für Zweitverdienende (Individualbesteuerung).

**FDP** fordert die Förderung anderer Angebote wie Tagesmütter und die Schaffung anderer Finanzierungsmodelle wie Betreuungsgutscheine. Auch für **FDP Frauen** braucht es alternative Finanzierungsmodelle wie Betreuungsgutscheine.

**BDP** erachtet eine flächendeckende Einführung von Tagesschulen als zentral.

Für **Pro Familia** und **Caritas** ist es an der Zeit, dass in der Schweiz zu Tagesschulen mit Ganztagesbetreuung übergegangen werde.

**Travail.Suisse** fordert das EDI auf, zusammen mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit zu unternehmen und im Rahmen der Fachkräfteinitiative (FKI) vorzuschlagen.

**Caritas** erachtet die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs als erforderlich.

**BDP, economiesuisse, ZHK, up!schweiz** fordern die regulatorischen Hürden bei Krippen abzubauen. Für die **CVP** muss der administrative Aufwand für die Kinderbetreuungsstätten gesenkt bzw. die Anforderungen für die Gewährung von Finanzhilfen erleichtert werden.

**Die Grünen** regen an, die Gesetzesänderung zum frühestmöglichen, wissenschaftlich sinnvollsten Zeitpunkt zu evaluieren, so dass eine Ausweitung des Engagements frühzeitig eingeleitet werden könne. Der **SSV** beantragt, das neue Finanzhilfeprogramm zu evaluieren und dabei zu klären, ob dadurch ein Angebot geschaffen werde, für das auch ein Bedürfnis bestehe.

## Anhang

Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden und Abkürzungen

## Anhang

### Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden und Abkürzungen

### Liste des participants à la consultation et abréviations

### Elenco dei partecipanti alla consultazione e abbreviazioni

1.	Kantone / Cantons / Cantoni.....	21
2.	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale .....	22
3.	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna .....	23
4.	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faïtières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia .....	23
5.	Weitere Organisationen / Autres organisations / Altre organizzazioni .....	24
6.	Nicht offiziell eingeladene Teilnehmende / Participants non officiels/ Partecipanti non ufficiali .....	9

Stand: 29. Januar 2016

## 1. Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia	Regierungsgebäude 5001 Aarau <a href="mailto:staatskanzlei@ag.ch">staatskanzlei@ag.ch</a>
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rhodes-Intérieures / Appenzello Interno	Marktgasse 2 9050 Appenzell <a href="mailto:info@rk.ai.ch">info@rk.ai.ch</a>
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rhodes-Extérieures / Appenzello Esterno	Regierungsgebäude Postfach 9102 Herisau <a href="mailto:Kantonskanzlei@ar.ch">Kantonskanzlei@ar.ch</a>
BE	Bern / Berne / Berna	Postgasse 68 Postfach 840 3000 Bern 8 <a href="mailto:info@sta.be.ch">info@sta.be.ch</a>
BL	Basel Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea Campagna	Rathausstrasse 2 4410 Liestal <a href="mailto:landeskanzlei@bl.ch">landeskanzlei@bl.ch</a>
BS	Basel Stadt / Bâle-Ville / Basilea Città	Marktplatz 9 Postfach 4001 Basel <a href="mailto:staatskanzlei@bs.ch">staatskanzlei@bs.ch</a>
FR	Fribourg / Freiburg / Friburgo	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg <a href="mailto:chancellerie@fr.ch">chancellerie@fr.ch</a> <a href="mailto:relationexterieures@fr.ch">relationexterieures@fr.ch</a>
GE	Genève / Genf / Ginevra	Case postale 3964 1211 Genève 3 <a href="mailto:service-adm.ce@etat.ge.ch">service-adm.ce@etat.ge.ch</a>
GL	Glarus / Glaris / Glarona	Rathaus 8750 Glarus <a href="mailto:staatskanzlei@gl.ch">staatskanzlei@gl.ch</a>
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni	Reichsgasse 35 7001 Chur <a href="mailto:info@gr.ch">info@gr.ch</a>
JU	Jura / Giura	2, rue de l'Hôpital 2800 Delémont <a href="mailto:chancellerie@jura.ch">chancellerie@jura.ch</a>
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern <a href="mailto:staatskanzlei@lu.ch">staatskanzlei@lu.ch</a>
NE	Neuchâtel / Neuenburg / Neuchâtel	Château 2001 Neuchâtel <a href="mailto:Secretariat.chancellerie@ne.ch">Secretariat.chancellerie@ne.ch</a>
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo	Dorfplatz 2 Postfach 1246 6371 Stans <a href="mailto:staatskanzlei@nw.ch">staatskanzlei@nw.ch</a>
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo	Rathaus Postfach 1562 6061 Sarnen

		<a href="mailto:staatskanzlei@ow.ch">staatskanzlei@ow.ch</a>
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen <a href="mailto:info.sk@sg.ch">info.sk@sg.ch</a>
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen <a href="mailto:staatskanzlei@ktsh.ch">staatskanzlei@ktsh.ch</a>
SO	Solothurn / Soleure / Soletta	Rathaus Barfüssergasse 24 4509 Solothurn <a href="mailto:kanzlei@sk.so.ch">kanzlei@sk.so.ch</a>
SZ	Schwyz / Schwytz / Svitto	Postfach 6431 Schwyz <a href="mailto:stk@sz.ch">stk@sz.ch</a>
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia	Regierungsgebäude 8510 Frauenfeld <a href="mailto:staatskanzlei@tg.ch">staatskanzlei@tg.ch</a>
TI	Ticino / Tessin	Residenza Governativa 6501 Bellinzona <a href="mailto:can-scads@ti.ch">can-scads@ti.ch</a>
UR	Uri	Postfach 6460 Altdorf <a href="mailto:ds.la@ur.ch">ds.la@ur.ch</a>
VD	Vaud / Waadt	Château cantonal 1014 Lausanne <a href="mailto:info.chancellerie@vd.ch">info.chancellerie@vd.ch</a>
VS	Valais / Wallis / Vallese	Palais du Gouvernement 1950 Sion <a href="mailto:Chancellerie@admin.vs.ch">Chancellerie@admin.vs.ch</a>
ZG	Zug / Zoug / Zugo	Postfach 156 6301 Zug <a href="mailto:Info.Staatskanzlei@zg.ch">Info.Staatskanzlei@zg.ch</a>
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo	Kaspar Escher-Haus 8090 Zürich <a href="mailto:marianne.lendenmann@sk.zh.ch">marianne.lendenmann@sk.zh.ch</a>
KdK CdC CdC	Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des gouvernements cantonaux Conferenza dei Governi cantonali	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 444 3000 Bern 7 <a href="mailto:mail@kdk.ch">mail@kdk.ch</a>

**2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale**

BDP PBD PBD	Bürgerlich-Demokratische Partei Parti bourgeois-démocratique Partito borghese democratico	BDP Schweiz Postfach 119 3000 Bern 6 <a href="mailto:mail@bdp.info">mail@bdp.info</a>
CVP PDC PPD	Christlichdemokratische Volkspartei Parti démocrate-chrétien Partito popolare democratico	Postfach 5835 3001 Bern <a href="mailto:info@cvp.ch">info@cvp.ch</a>

FDP PLR PLR	Die Liberalen Les Libéraux-Radicaux I Liberali Radicali	Sekretariat Fraktion und Politik Neuengasse 20 Postfach 6136 3001 Bern <a href="mailto:jean-richard@fdp.ch">jean-richard@fdp.ch</a> <a href="mailto:hofer@fdp.ch">hofer@fdp.ch</a>
GPS PES PES	Grüne Partei der Schweiz Les Verts Parti écologiste suisse I Verdi Partito ecologista svizzero	Waisenhausplatz 21 3011 Bern <a href="mailto:gruene@gruene.ch">gruene@gruene.ch</a>
glp pvl pvl	Grünliberale Partei Parti vert'libéral Partito verde liberale	Laupenstrasse 2 3008 Bern <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a>
SVP UDC UDC	Schweizerische Volkspartei Union démocratique du centre Unione democratica di centro	Postfach 8252 3001 Bern <a href="mailto:info@svp.ch">info@svp.ch</a>
SPS PSS PS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero	Postfach 3001 Bern <a href="mailto:verena.loembe@spschweiz.ch">verena.loembe@spschweiz.ch</a>

**3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna**

SGV ACS ACS	Schweizerischer Gemeindeverband Association des communes suisses Associazione dei Comuni svizzeri	Laupenstrasse 35 Postfach 8022 3001 Bern <a href="mailto:verband@chgemeinden.ch">verband@chgemeinden.ch</a>
SSV UVS USC	Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses Unione delle città svizzere	Monbijoustrasse 8 Postfach 8175 3001 Bern <a href="mailto:info@staedteverband.ch">info@staedteverband.ch</a>
SAB SAB SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna	Postfach 7836 3001 Bern <a href="mailto:info@sab.ch">info@sab.ch</a>

**4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faïtières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia**

economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	Postfach 8032 Zürich <a href="mailto:info@economiesuisse.ch">info@economiesuisse.ch</a> <a href="mailto:bern@economiesuisse.ch">bern@economiesuisse.ch</a>
sgv usam usam	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri	Postfach 3001 Bern <a href="mailto:info@sgv-usam.ch">info@sgv-usam.ch</a>
SAV UPS USI	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich <a href="mailto:verband@arbeitgeber.ch">verband@arbeitgeber.ch</a>

SBV USP USC	Schweiz. Bauernverband Union suisse des paysans Unione svizzera dei contadini	Haus der Schweizer Bauern Laurstrasse 10 5200 Brugg <a href="mailto:info@sbv-usp.ch">info@sbv-usp.ch</a>
SGB USS USS	Schweiz. Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera	Postfach 3000 Bern 23 <a href="mailto:info@sgb.ch">info@sgb.ch</a>
KFMV Schweiz SEC Suisse SIC Svizzera	Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio	Postfach 1853 8027 Zürich <a href="mailto:hansueli.schuetz@kfmv.ch">hansueli.schuetz@kfmv.ch</a> <a href="mailto:Manuel.Keller@kfmv.ch">Manuel.Keller@kfmv.ch</a>
	Travail.Suisse	Postfach 5775 3001 Bern <a href="mailto:info@travailsuisse.ch">info@travailsuisse.ch</a>

## 5. Weitere Organisationen / Autres organisations / Altre organizzazioni

EDK CDIP CDPE	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3000 Bern 7 <a href="mailto:edk@edk.ch">edk@edk.ch</a>
SODK CDAS CDOS	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales Conferenza dei direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3000 Bern 7 <a href="mailto:office@sodk.ch">office@sodk.ch</a>
PF	Pro Familia Schweiz Pro Familia Suisse Pro Familia Svizzera	Marktgasse 36 3011 Bern <a href="mailto:info@profamilia.ch">info@profamilia.ch</a>
PRo Enfance	Plateforme Romande pour l'accueil de l'enfance	Rue d'Orbe 1400 Yverdon-les-Bains <a href="mailto:Sandrine.bavaud@plateformeproenfance.ch">Sandrine.bavaud@plateformeproenfance.ch</a>
Bildung + Betreuung Education + accueil educazione + accoglienza	Schweizerischer Verband für schulische Tagesbetreuung Association suisse pour l'accueil parascolaire Associazione svizzera per l'accoglienza extrascolastica e parascolastica	Limmatauweg 18g 5408 Ennetbaden <a href="mailto:fachstelle@bildung-betreuung.ch">fachstelle@bildung-betreuung.ch</a>
kibesuisse	Verband Kinderbetreuung Schweiz Fédération suisse pour l'accueil de jour de l'enfant Federazione svizzera delle strutture d'accoglienza per l'infanzia	Josefstrasse 53 8005 Zürich <a href="mailto:info@kibesuisse.ch">info@kibesuisse.ch</a>
	Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz Réseau d'accueil extrafamilial Rete svizzera per la custodia dei bambini	c/o mcw Wuhrmattstrasse 28 4800 Zofingen <a href="mailto:info@netzwerk-kinderbetreuung.ch">info@netzwerk-kinderbetreuung.ch</a>

S&E	Schule und Elternhaus Schweiz	Geschäftsstelle Postfach 1143 5611 Anglikon <a href="mailto:info@schule-elternhaus.ch">info@schule-elternhaus.ch</a>
alliance F	Bund Schweizerischer Frauenorganisationen Association suisse des organisations de femmes Alleanza delle società femminili svizzere	Spitalgasse 7 Postfach 3000 Bern 7 <a href="mailto:office@alliancef.ch">office@alliancef.ch</a>
männer.ch	Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen	Simone Helena Hirsbrunner Gyrischachenstrasse 59 3400 Burgdorf <a href="mailto:info@maenner.ch">info@maenner.ch</a>

**6. Nicht offiziell eingeladene Teilnehmende / Participants non officiels/ Partecipanti non ufficiali**

	Stadt Zürich Ville de Zurich Città di Zurigo	Werdstrasse 75 Postfach 8036 Zürich
Savoirsocial	Schweizerische Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales Organisation faitière suisse du monde du travail du domaine social Organizzazione mantello svizzera del mondo del lavoro im ambito sociale	Amthausquai 21 4600 Olten
	Juristinnen Schweiz Femmes juristes Suisse Giuriste Svizzera Giuristas Svizra Women Lawyers Switzerland	c/o Kessler Landolt Giacomini & Partner Oberer Steisteg 18 6430 Schwyz
ZHK	Zürcher Handelskammer Chambre de commerce de Zurich Camera di commercio di Zurigo Zurich Chamber of Commerce	Selnaustrasse 32 Postfach 3058 8022 Zürich
	up!schweiz	Zugerstrasse 76b 6340 Baar
Zukunft CH	Stiftung Zukunft CH Fondation Futur CH	c/o Gian Luca Carigiet Dorfstrasse 21 6390 Engelberg
SKOS CSIAS COSAS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe Conférence suisse des institutions d'action sociale Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale Conferenza svizra da l'agid sozial	Monbijoustrasse 22 Postfach 3000 Bern 14
Caritas	Caritas Schweiz Caritas Suisse Caritas Svizzera Caritas Svizra	Adligenswilerstrasse 15 Postfach 6002 Luzern

VPOD SSP SSP SSP	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste Syndicat suisse des services publics Sindacato svizzero dei servizi pubblici Sindicat svizzer dals servetschs publics	Birmensdorferstr. 67 Postfach 8036 Zürich
FDP Frauen PLR Femmes PLR Donne PLD Dunna	Die Liberalen Frauen Les Libéraux-Radicaux Femmes I Liberali Donne Ills Liberals Dunna	Neuengasse 20 Postfach 6136 3001 Bern
SKG CSDE CSP	Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité entre femmes et hommes Conferenza svizzera delle delegate alla parità fra donne e uomini	
CP	Centre Patronal	Route du Lac 2 1094 Paudex
SBLV USPF USDCR UPS	Schweiz. Bäuerinnen- und Landfrauenverband Union suisse des paysannes et des femmes rurales Unione svizzera delle donne contadine e rurali Uniun da las puras svizras	Laurstrasse 10 Postfach 5200 Brugg
CROP	Coordination romande des organisations paternelles	Case postale 136 2009 Neuchâtel 9
hotelleriesuisse	Swiss Hotel Association	Monbijoustrasse 130 Postfach 3001 Bern
SVIN ASFI SVIN SVIN	Schweizerische Vereinigung der Ingenieurinnen Association Suisse des Femmes Ingénieurs Associazione Svizzera delle Donne Ingegnere Swiss Association of Women Engineers	Klosbachstrasse 107 8032 Zürich
SVAMV FSFM FSFM	Schweizerischer Verband alleinerziehender Mütter und Väter Fédération suisse des familles monoparentales Federazione svizzera delle famiglie monoparentali	Postfach 334 3000 Bern 6
	frauenrechte beider basel	Postfach 2206 4001 Basel
BPW	BPW Switzerland Business & Professional Women	Badenerstrasse 255 8003 Zürich
insieme	Schweizerische Vereinigung der Elternvereine für Menschen mit einer geistigen Behinderung	Aarberggasse 33 Postfach 3001 Bern
	Angestellte Schweiz Employés Suisse Employees Switzerland	Martin-Disteli-Strasse 9 Postfach 234 4601 Olten

SRK CRS CRS	Schweizerisches Rotes Kreuz Croix-Rouge suisse Croce Rossa Svizzera	Werkstrasse 18 Postfach 3084 Wabern
mws	medical women switzerland ärztinnen schweiz femmes médecins suisse donne medico svizzera	Stampfenbachstrasse 52 8006 Zürich
	Frauenzentrale Zürich	Am Schanzengraben 29 8002 Zürich
	Frauenzentrale Luzern	Töpferstrasse 5 6004 Luzern
	Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden	Schwantleregge 23 9056 Gais
Wirtschaftsfrauen Schweiz	Verband Wirtschaftsfrauen Schweiz AG Swiss Business Women	Eichstrasse 29 8045 Zürich
	Evangelischer Frauenbund Zürich	Brahmsstrasse 32 8003 Zürich
SKF	Schweizerischer Katholischer Frauenbund Ligue suisse des femmes catholiques Unione svizzera delle donne cattoliche Uniun svizra da las dunnas catolicas	Postfach 7854 6000 Luzern 7
SVA ASFDU ASL ASA	Schweizerischer Verband der Akademikerinnen Association Suisse des femmes diplômées des universités Associazione svizzera delle laureate Associazion Svizra da las Academicras	Postfach 4000 Basel
VFG	Freikirchen Schweiz	Sekretariat VFG Hofwiesenstrasse 141 8057 Zürich
	NGO-Koordination post Beijing Schweiz Coordination post-Beijing des ONG suisses Coordinazione poste Beijing delle ONG svizzere Coordinaziun post Bejing dallas ONG Svizras NGO-Coordination post Beijing Switzerland	Route du Bois 24 1024 Ecubalens VD
	Commission suisse pour l'UNESCO Schweizerische UNESCO-Kommission Commissione svizzera per l'UNESCO Cummissiun svizra per l'UNESCO	c/o Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA Sektion UNESCO Bundesgasse 28 3003 Bern
EKFF COFF COFF	Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen Commission fédérale de coordination pour les questions familiales Commissione federale di coordinamento per le questioni familiari	c/o Bundesamt für Sozialversicherungen BSV Effingerstrasse 20 3003 Bern
SSLV	Schweizerischer Spielgruppen-LeiterInnen- Verband	Hofmeisterstrasse 7 3006 Bern

FKS Stadt Zürich	Fach- und Kontaktstelle SpielgruppenleiterInnen Stadt Zürich*	Kellerweg 3 8055 Zürich
FKS Will Toggenburg	Fach- und Kontaktstelle SpielgruppenleiterInnen Wil Toggenburg*	Ines Gyr Toggenburgerstr. 3 9602 Bazenheid
SVLu	Spielgruppenverband Kanton Luzern*	Rebstockstrasse 10 6017 Ruswil
FKS Thurgau	Fach- und Kontaktstelle SpielgruppenleiterInnen Thurgau*	Kathrin Wetli Blumenstr. 50A 8500 Frauenfeld
FKS Rheintal	Fach- und Kontaktstelle SpielgruppenleiterInnen Rheintal*	Rita Hürlimann-Hürlimann Kastanienallee 8 9443 Widnau
	Spielgruppenverband Kanton Zug*	c/o Karin Stocker Tonishofstrasse 24 6318 Walchwil
FKS See und Gaster	Fach- und Kontaktstelle SpielgruppenleiterInnen See und Gaster*	Ursi Stieger Hummelbergstr. 8 8645 Jona
FKS Baselland-Fricktal	Fach- und Kontaktstelle SpielgruppenleiterInnen Baselland-Fricktal*	Claudia Käser Sailistr. 9 4313 Möhlin
FKS Knonaueramt	Fach- und Kontaktstelle Spielgruppenleitende Knonaueramt*	Galina Bruder Präsidentin
FKS Spielgruppen Kanton Bern	Fach- und Kontaktstelle Spielgruppen Kanton Bern*	Vreni Holzer Schachenweg 6 3250 Lyss
FKS Spielgruppen Basel + Region	Fach- und Kontaktstelle für Spielgruppen Basel + Region*	Freie Strasse 35 4001 Basel
FKS Nidwalden	Fach- und Kontaktstelle Spielgruppenleitende Nidwalden*	Sarah Häfliger Präsidentin Büelstrasse 22 6052 Hergiswil
FKS Schwyz	Fach- und Kontaktstelle Spielgruppenleiterinnen Kanton Schwyz*	Erika Lüönd Gätzlistrasse 35 6440 Brunnen
DBS	Dachverband Basler Spielgruppen*	Freie Strasse 35 4001 Basel
	Spielgruppen Aargau*	c/o K&F Limmatauweg 18g 5408 Ennetbaden

\*Aufgrund identischer Stellungnahmen im Ergebnisbericht zusammengefasst unter: **15 FKS Spielgruppenleiter/innen und Spielgruppenverbände**

\*Défendant des avis identiques, les centres de contact spécialisés pour les responsables des groupes de jeux et les associations de groupes de jeux sont regroupés dans le rapport sous la désignation :

**15 centres de contact spécialisés pour les groupes de jeux**

\*Avendo espresso pareri identici, nel rapporto sui risultati i 15 organi specializzati e di contatto per responsabili di gruppi di gioco e associazioni di gruppi di gioco sono indicati insieme sotto: **15 organi specializzati per gruppi di gioco**